

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 301

14. Jan. 2004

10. Jahrgang

Der 28. Dezember 2003 in Jalapa - aus Wahlbeobachterinnensicht

Auch die zweite Wahlrunde am 28. Dezember 2003 wurde unter anderem von internationalen BeobachterInnen begleitet. Wir danken Julia Trautsch herzlich für ihre Bereitschaft, uns mittels ihres Berichts auch in diese, der entscheidenden Runde des Präsidentschaftswahlkampfes in Guatemala einen "direkten" Einblick zu ermöglichen, der die "¡Fijáte!-Wahlbegleitung" (siehe ¡Fijáte! 297) abrundet. Zur Stichwahl standen Oscar Berger für das Bündnis GANA - *Grosse Nationale Allianz* - der diese Wahl für sich entscheiden konnte, und Álvaro Colom, Präsidentschaftskandidat für die Partei *Nationale Einheit der Hoffnung*.

Wie bereits beim ersten Wahlgang am 9. November beobachtete ich als internationale Wahlbeobachterin mit meinem dänischen Kollegen Tomas die Wahl im Departement Jalapa, im vorwiegend von Ladin@s besiedelten Osten Guatemalas. Genau wie am 9.11. fuhren wir von Wahllokal zu Wahllokal in fünf der sieben Gemeinden des Departements. Wir kannten von der ersten Runde her schon unsere Route und konnten so relativ gelassen die Wahlbeobachtung durchführen. Unsere Aufgabe bestand darin, an einem Wahltisch mindestens eine halbe Stunde das Geschehen zu beobachten und pro Tisch einen Fragebogen auszufüllen. Wenn Zwischenfälle auftreten würden, sollten wir sie notieren und schwerwiegende Fälle an die UN-Mission für Guatemala MINUGUA weiterleiten.

Im Unterschied zum ersten Wahlgang war die Stimmung diesmal jedoch recht entspannt. Die letzten Tage vor der Wahl wurde kaum noch Propaganda gemacht. Das lag sicherlich nicht nur an den Weihnachtsfeiertagen, sondern auch daran, dass nur noch zwei Kandidaten zur Wahl standen, Efraín Ríos Montt nicht mehr darunter war und nur eine einzige Wahl, die des Präsidenten, stattfand. Ausnahme stellten der vier Gemeinden dar, in denen die Kommunalwahlen wiederholt wurden, da die Wahlurnen abgebrannt wurden, bevor die Stimmen ausgezählt werden konnten.

Um kurz vor sechs Uhr früh standen wir auf und fuhren mit César, unserem Fahrer, zum ersten Wahllokal in Jalapa, Departement Jalapa. Als wir dort ankamen standen vor dem Wahllokal nur etwa 20 WählerInnen, die gemächlich zu den Tischen gingen, wo sich beim letzten Mal 200-300 Campesin@s drängten und in das Wahllokal stürmten, sobald dieses um 7 Uhr öffnete. Nachdem die ersten zehn Wählenden an dem von uns beobachteten Tisch ihre Stimme abgegeben hatten, konnten die WahlhelferInnen bereits die erste Pause einlegen, da der Wahlprozess wesentlich schneller ging und viel weniger Andrang war.

Bei der ersten Runde waren wir in den ersten beiden Wahllokalen von örtlichen Radiosendern interviewt worden. Diesmal hingegen waren nur wenige MedienvertreterInnen zu

sehen und bis abends bei der Auszählung durften wir keine Interviews mehr geben.

Als wir ins zweite Wahllokal in Jalapa kamen, war schon etwas mehr los, aber die Situation war ebenfalls nicht vergleichbar mit der ersten Runde. Besonders gross war der Unterschied zwischen erstem und zweitem Wahlgang in San Pedro Pinula, wo wir als nächstes hinfuhren. Die Wahltische der Wahlzentren befanden sich dort unter den Arkaden des Dorfplatzes. Am 9. November hatten die Schlangen der wartenden Wahlwilligen den gesamten Platz ausgefüllt und ihn in ein Meer von weissen Hüten verwandelt. Diesmal war der Platz wie leergefegt. Die einzige Menschenansammlung, die zu sehen war, befand sich in und vor der Kirche, wo einige Taufen stattfanden.

In San Pedro Pinula konnten am 9. 11. sehr viele Menschen nicht wählen. Im Büro des Obersten Wahlgerichts (TSE) wurde uns gesagt, dass allein an zwei Tischen mit jeweils 600 eingetragenen WählerInnen rund 300 Menschen, die diesem Tisch zugewiesen waren, nicht im Wahlregister auftauchten. In der ersten Wahlrunde wurde ihnen kurzerhand ein extra Tisch zugewiesen, an dem sie wählen konnten, wenn sie Zeit und Geduld hatten, um herauszufinden, ob sie irgendwo im Register der Gemeinde oder des Departments auftauchten. Auch diesmal gab es Probleme: An dem zweiten Tisch, den wir beobachteten, konnten 31 Personen nicht ihre Stimme abgeben, obwohl sie die entsprechende Tischnummer in ihrem Identitätsausweis stehen hatten.

Gegen 12 Uhr fuhren wir weiter nach San Luis Jilotepeque. Auf dem Weg dorthin fiel uns auf, dass sehr viele Menschen am Strassenrand standen, die auf Transportmittel zu warten schienen.

In San Luis angekommen, drängten wir uns durch den Markt zum Wahllokal durch. Als wir hereinkamen, war ausser den WahlhelferInnen und ein paar gelangweilten WahlbeobachterInnen der nationalen Wahlbegleitungsinitiative *Mirador electoral* kein einziger WählerIn zu se-

hen. Wir gingen wieder zu dem Tisch, den wir auch das letzte Mal beobachtet hatten und unterhielten uns mit den WahlhelferInnen und den "fiscales", den BeobachterInnen der beiden Parteien GANA und UNE, deren Präsidentschaftskandidaten noch im Rennen waren.

In der ersten Wahlrunde hatte hier eine hochschwangere Frau sechs Stunden in der Schlange gestanden, damit ihr am Wahltisch gesagt werden konnte, dass sie nicht in der Liste auftauche. Diesmal hatten wir Schwierigkeiten unseren Fragebogen auszufüllen, da in den 30 Minuten lediglich ein Wähler kam. Im zweiten Wahllokal in San Luis Jilotepeque sah es nicht viel anders aus. Trotz den wenigen anwesenden Menschen in den Wahllokalen, hatten erstaunlicher Weise an den meisten Tischen, die wir beobachtet hatten, fast genau so viele Wählende ihre Stimme abgegeben, wie zur gleichen Uhrzeit am 9.11..

Als wir gerade unseren Fragebogen ausfüllten, rief uns eine Kollegin von MINUGUA an, um uns zu fragen, ob wir gesehen hätten, dass Busse mit WählerInnen angehalten wurden. Sie hatte mehrere Anrufe aus Jalapa erhalten, die Beklagten, dass AnhängerInnen der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) Busse anhalten würden, um „Propaganda“ für die UNE zu machen. In Jalapa unterstützte die FRG fast einstimmig die UNE.

Wir meinten einen stehenden Bus gesehen zu haben, hatten aber nicht weiter darauf geachtet. Doch unser Fahrer hatte gesehen, wie der Bus von einem Pick-up angehalten wurde, der plötzlich, als wir uns dem Bus näherten, weg fuhr, so dass der Bus weiterfahren konnte. Später erfuhren wir von einem Reporter der Tageszeitung *Prensa Libre*, dass er Morddrohungen erhalten habe, als er von weitem filmte, wie bekannte FRG- Mitglieder mit mehreren Autos die Landstrasse absperren und angeblich Geld in den Bussen verteilen.

Nach dem Anruf von MINUGUA achteten wir verstärkt auf entsprechend verdächtige Anzeichen, doch sahen wir in der Gegend, durch die wir fuhren, nur ganz vereinzelt Menschen und so gut wie keine Transportmittel.

Unser nächstes Ziel war die Gemeinde San Manuel Chaparrón. Auch im dortigen Wahllokal war wenig los. Bei der ersten Runde hatte es dort Probleme gegeben, da SympathisantInnen verschiedener Parteien Propaganda im Innern des Wahllokals machten. Diesmal blieben zwar auch ein paar ParteianhängerInnen drinnen, aber es bildeten sich keine langen Warteschlangen, wo man

die Leute hätte beeinflussen können. Der Koordinator des Wahllokals forderte sie zudem schliesslich auf, das Wahllokal zu verlassen.

Das geschah in der Gemeinde Las Monjas, unserer nächsten Beobachtungsstation, nicht, obwohl sich dort über 1'000 Menschen im Wahllokal aufhielten, von denen einige sogar bewaffnet waren. SympathisantInnen verschiedener Gruppen hatten sich zusammengesetzt und versuchten, uns jeweils von ihren Ansichten über das Geschehen zu überzeugen. Es gab wohl eine Frau, die wählen wollte, dies aber nicht realisieren konnte, da jemand anderes oder sie selbst schon für sie gewählt hatte. Andere erzählten, sie hätte einen gefälschten Wahlzettel einschmuggeln wollen.

Der Unterdelegierte des obersten Wahlgerichts berichtete uns ausserdem, dass die AnhängerInnen der FRG planen würden, die Wahlurnen um 18 Uhr abzubrennen, weshalb beschlossen wurde, um 17.30 Uhr die Menschen aus dem Wahllokal zu weisen. Bereits in der ersten Runde teilte uns der lokale Wahlverantwortliche mit, man hätte ihn zweimal lynchen wollen, und die FRG würde einen Stromausfall während der Stimmenauszählung planen.

Die BeobachterInnen des Menschenrechtsprokurats (PDH), von denen diesmal niemand da war, hatten uns am 9. November erzählt, dass sie wiederum vom Unterdelegierten mit Festnahme bedroht wurden, würden sie weiterhin den in den Schlangen Wartenden erklären, an welchem Tisch sie ihre Stimme abzugeben hätten, und was sie tun könnten, wenn sie in den Wahllisten der Tische nicht auftauchten.

In diesem Dorf haben bestimmt nicht die staatlichen Autoritäten das Sagen, sondern die, die eine Waffe tragen und einer mächtigen Partei angehören. Beispielsweise baten uns bei der ersten Runde mehrere bewaffnete Polizisten, ob wir (zwei unbewaffnete WahlbeobachterInnen!) die Leute aus dem Wahllokal verweisen könnten, die scheinbar Minderjährige aus den Warteschlangen zogen, die angeblich mit falschen Papieren wählen gingen.

Das grösste Problem in Las Monjas war bei der ersten Runde jedoch, dass nach Angaben der PDH auch hier über 1'000 Menschen nicht ihr Wahlrecht ausüben konnten, da sie nicht in den Wahllisten auftauchten. Zudem stand dem Unterdelegierten kein Computer zur Verfügung, um im Wahlregister des Departements nachzusehen und ihnen noch einen extra Tisch zuzuweisen. Aus diesem Grund wollten die KandidatInnen verschiedener Parteien die Wahlen vom 9. Nov. für ungültig erklä-

ren. Wir waren mit im Zimmer gewesen, als über die Gültigkeit diskutiert wurde, da uns die KandidatInnen als Zeuginnen dabei haben wollten. Doch wir mussten bald gehen, da wir in Jalapa die Stimmenauszählung beobachten sollten. Leider habe ich bis jetzt nicht genau erfahren, wie die Diskussion ausgegangen ist, doch wurden glücklicherweise weder der Unterdelegierte des TSE gelyncht noch die Wahlurnen abgebrannt.

Die Stimmenauszählung ging bei der zweiten Runde sehr schnell: um 18.30 Uhr hatten wir das Ergebnis unseres Tisches und um 20.30 Uhr waren alle Ergebnisse vom gesamten Departement Jalapa ausgezählt, zusammengetragen und per Computer an die Zentrale des Obersten Wahlgerichts geschickt.

Der Direktor der Universität, in der die Auszählung stattfand, nutzte die Gelegenheit uns anzutreffen, um uns vor laufender Kamera des Unikanals Bücher über seine Universität zu überreichen und uns nach unserer Einschätzung des Wahlprozesses zu fragen. Auch die VertreterInnen des Fernsehsenders *Noti7* interviewten uns.

Nachdem die Stimmenauszählung in Jalapa vorbei war, fuhren wir zurück ins Hotel und sahen uns die ersten Hochrechnungen auf dem Fernsehbildschirm an. Sobald abzusehen war, dass „el conejo“, ("das Kaninchen") wie Oscar Berger genannt wird, gewinnen würde, wurden überall in den Strassen Böller gezündet. Ich sah mir noch die Vorstellung der offiziellen vorläufigen Ergebnisse des TSE an und schlief dann, vom Gekrache der Böller begleitet, ein.

¡Fijate!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Exakte Zahlen

Guatemala, 30. Dez. Der Sieg des Konservativen Oscar Berger von der Koalition *Grosse Nationale Allianz* (GAN), der am 14. Januar 2004 die Nachfolge von Präsident Alfonso Portillo antreten wird, ist auch nach der Auszählung aller in der zweiten Wahlrunde am 28. Dezember abgegebenen Stimmen in trockenen Tüchern. Die letzten vom Obersten Wahlgericht (TSE) bekannt gegebenen Zahlen geben an, dass 1 Mio. 235'303 GuatemaltekinInnen für Berger gewählt haben. Das entspricht 54.13%. Für den Kontrahenten Álvaro Colom von der Partei *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE) wählten 1 Mio. 46'868 GuatemaltekinInnen und somit 45.87%.

Von den insgesamt 5 Mio. 73'282 wahlberechtigten BürgerInnen nahmen 2 Mio. 373'469 ihr Wahlrecht in Anspruch. Mit den erreichten 46.78% beteiligten sich in dieser Runde knapp 8% WählerInnen weniger als in der ersten

am 9. November 2003. 96.12% der gezählten Stimmen zählten als gültig, 2.86% (67'106) als ungültig. 1.02% (24'192) der Wählenden zogen es vor, ihren Stimmzettel unangekreuzt abzugeben.

Das TSE gab auch die Resultate der wiederholten Kommunalwahlen in den vier Gemeinden bekannt, in denen es während der ersten Wahl zu Unruhen gekommen war, die die Auswertung der Ergebnisse unmöglich gemacht hatten. Danach geht die Leitung der Gemeindeverwaltung in Gomera, Departement Escuintla, an die FRG (*Republikanische Front Guatemalas*), die in Cuyotenango, Suchitepéquez übernimmt die *Partei für den Nationalen Fortschritt* (PAN). Die *Grosse Nationale Allianz* (GAN) übernimmt das Bürgermeisteramt in der Gemeinde El Quetzal, San Marcos, und das Zivile Komitee *Cospiro* gewann in Quesada, Jutiapa.

Oscar Bolaños, Präsident des TSE erklärte, dass die zuständigen Verant-

wortlichen "vollauf zufrieden" bezüglich der erfüllten Aufgabe seien, vor allem, da die entstandenen Schwierigkeiten komplett überwunden worden seien. Kleinere Vorkommnisse hätten keine Auswirkungen auf die Wahlen gehabt.

Für die zweite Wahlrunde hatte Innenminister Adolfo Reyes Calderón 21'000 Polizeiangehörige zur Sicherung der Umgebung der Wahlzentren und 24'000 Militärs zur Sicherung von Strassen, Brücken und Stromgeneratoren ausgesendet.

In den Gemeinden, in denen es in der ersten Runde zu Unruhen gekommen war, hatte man die Sicherheitsmassnahmen verstärkt.

3'000 Angestellte der Staatsanwaltschaft waren neben zahlreichen (inter)nationalen BeobachterInnen wie in der ersten Runde auf die verschiedenen Wahlzentren des Landes verteilt worden, um durch ihre Anwesenheit mögliche Anomalien zu verhindern.

Hehre Pläne

Guatemala, 30. Dez. Der Kampf gegen die Armut und die wachsende Unsicherheit sind einige der grossen Herausforderungen, denen sich Oscar Berger nach seinem Wahlsieg als neuer Präsident zu stellen hat. Er selbst sagt zu diesen und anderen Aspekten folgendes:

Extreme Armut: „Es ist notwendig, eine ganz klare und definierte Aussenhandelspolitik zu verfolgen, in den Weltmarkt einzusteigen und die ausländischen Investitionen anzulocken. Das wirtschaftliche Wachstum muss das Wachstum der Geburtenrate übersteigen, was uns erlauben wird, mit Hilfe von Arbeitsplätzen für alle das Thema der Armut zu lösen.“

Freihandelsabkommen mit den USA: „Man hätte hinsichtlich einiger Agrartheemen besser verhandeln können, v. a., bei denen, die dem Vorschlag des freien Marktes widersprechen.“

Sicherheit und Auslandsinvestition: „Wenn wir nicht die Kriminalitätsindikatoren senken, erreichen wir nicht die gewünschte Sicherheit, und es wird keine Investition kommen. Das beides hängt zusammen. Deswegen müssen wir die Sicherheitskräfte und den Justizapparat stärken.“

Entschädigung der ehemaligen Zivilpatrouillen (Ex-PAC): „Wir werden die Staatsschulden in Ehren halten.“

Straflosigkeit: „Es ist uns ganz klar, dass es keine Privilegien für niemanden gibt, dass das Gesetz über allen steht und wir es anwenden werden.“

Der Zweite

Guatemala, 30. Dez. „Gelassen und ruhig“, so die Presse, akzeptierte der Wahlverlierer Álvaro Colom seine Niederlage und wies die Einladung von Oscar Berger zurück, sich der Regierung der *Grossen Nationalen Allianz* (GAN) anzuschliessen, um zum Wohle des Landes zu arbeiten. "Ich danke für das Angebot, aber mit Respekt gegenüber mehr als einer Million GuatemaltekinInnen, die die Option GANA ablehnten, werde ich es nicht annehmen," so Colom. Erst 10 Stunden nach Bekanntgabe des Ergebnisses stellte sich der Parteichef der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE) für vier Minuten der Pres-

se.

In Hinblick auf die Rolle, die die UNE im Kongress einnehmen wird, liess die Partei verlauten, dass sie eine konstruktive und demokratische Opposition bilden und in Übereinstimmung des Regierungsabkommens mit den politischen Kräften arbeiten wird, die die Legislative stellen, in der keine der Parteien über eine Mehrheit verfüge. Colom lehnte jede Allianz ab: "Wir sprechen von Vereinbarungen." Er gab jedoch zu, dass Führungspersonen seiner Partei bereits Gespräche sowohl mit der GANA als auch mit der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) geführt hätten.

Wer mit wem?

Guatemala, 07. Jan. Der *Pakt der legislativen Regierbarkeit*, über den drei politische Kräfte verhandeln, ist bereits ins Wanken geraten. Neue Forderungen nach mehr Machtspielräumen von Seiten der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE) und der *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) stören die *Grosse Nationale Allianz* (GAN) und bringen die Unterzeichnung des Dokuments in Gefahr. Die Idee, eine Vereinbarung zwischen den drei Gruppierungen zu unterzeichnen, entstand am 26. Dez.. Dabei sollen keine politischen Allianzen angestrebt, sondern eine koordinierte legislative Arbeit ermöglicht werden, die u. a. jene *Gemeinsame Nationale Agenda* zu erfüllen sucht, die im Oktober von 21 Parteien beschlossen wurde.

Die UNE, unterstützt von der PAN,

hat nun beschlossen, dass der Vorsitz des Kongressvorstandes, der ihr laut Abkommen als Wahlverliererin zusteht, nicht ausreicht und fordert deshalb zusätzlich die erste Vizepräsidentschaft desselben sowie die Präsidentschaft der Finanzkommission, die der ursprünglichen Planung nach beide an die die Wahl obsiegende Partei, also GANA, ginge.

Gemäss interner Quellen der UNE liegt dieses Manöver zum Teil an Annäherungsversuchen der FRG. Führungspersonen jener Partei hätten ihre Stimme für die Unterstützung eines UNE/PAN-Kongressvorstandes angeboten, um im Gegenzug den Vorsitz in einigen Kommissionen zu erhalten.

Hinsichtlich ihrer FRG-Sympathie sei derzeit durchaus zu beobachten, dass die UNE deutlich gespalten sei.

Neue Namen braucht das Land: Bergers Kabinett

Guatemala, 7. Jan. Oscar Berger, der als Kandidat der Koalition *Grosse Nationale Allianz* (GANA) am 28. Dez. 2003 in der zweiten Wahlrunde zum Präsidenten von Guatemala gewählt worden ist, gab nun die Namen derer bekannt, die sein Kabinett bilden werden. Es überrascht nicht, dass dieses in der Mehrheit von Personen aus dem Unternehmenssektor bestehen wird, die zum Teil auf lange akademische Laufbahnen und zum Grossteil auf wenig politische Erfahrung zurückblicken.

Nur zwei der Ministeriums- bzw. Sekretariatsposten werden demzufolge von Frauen (Finanzen und den Posten der Regierungssprecherin), und ebenfalls nur zwei (das Ministerium für Kultur und Sport sowie das Friedenssekretariat) von Indígenas übernommen.

Der Unternehmer Jorge Briz Abularach, der als Kandidat für das Bürgermeisteramt der Hauptstadt Ex-Präsident Alvaro Arzú, postuliert von der Partei *Unionistas*, unterlag, wird das Aussenministerium übernehmen, Álvaro Aguilar Prado besetzt das *Ministerium für Landwirtschaft, Viehzucht und Ernährung* (MAGA), Mario Dari Rivera das *Ministerium für Umwelt und Naturressourcen*, während Manuel Eduardo Castillo Arrollo das *Ministerium für Kommunikation, Infrastruktur und Wohnungsbau* (MICIVI) überantwortet wird.

Über Kultur und Sport wird Manuel Salazar Tezahuic als Minister walten, der ehemalige Militär César Augusto Méndez Pinelo wird als Verantwortlicher im Verteidigungsministerium eingesetzt. Mauricio Rolando Cuevas übernimmt die Wirtschaft, María Antonieta del Cid de Bonilla die Finanzen, Roberto González Díaz Durán wird dem Energie- und Bergbauministerium vorstehen, Manuel Arturo Soto Aguirre wird Innenminister. Marco Tulio Sosa wird für die öffentliche Gesundheit zuständig sein und Jorge Lewis für das staatliche Arbeits- und Sozialvorsorgeterritorium.

Die staatlichen Kommissionen und Sekretariate werden wie folgt besetzt: Generalsekretariat: Jorge Arrollave, Privatsekretariat: Alfredo Antonio Vila, Exekutiv-Koordinator: Eduardo González, *Präsidentiale Menschenrechtskommission*: Frank LaRue, *Nationalrat für Wissenschaft und Technologie*: Héctor Centeno, Planungssekretariat (SEGEPLAN): Hugo Beteta, *Sekretariat für Verwaltungs- und Sicherheitsangelegenheiten* (SAAS): Juan Carlos Leal Medina. Sowie als Regierungssprecherin: Rosa María Ángel de Frade, Friedenssekretariat (SEPAZ) Víctor Dionisio Montejo, *Beauftragter für die politische Reform*: Mario Fuentes Destarac, zuständig für

Megaprojekte und den *Fonds für Sozialinvestitionen* (FIS): Luis Flores Asturias, Staatsmodernisierung: Harris Withbeck, Investition und Wettbewerb: Miguel Fernández, Lokale Entwicklung: Rodolfo Paíz Andrade, Tourismus: Willi Kaltschmitt, Verfolgung des Regierungsplans: Richard Aitkenhead und Otto Pérez Molina für Sicherheit und Verteidigung. Somit bleibt lediglich das Bildungsministerium noch zu besetzen.

Derweil haben die Kritiken Erfolg gehabt: Noch-Vizepräsident Juan Francisco Reyes López versicherte bei einem Treffen mit fünfzehn RepräsentantInnen des Diplomatischen Korps, dass anstelle der ursprünglich von der Präsident-

schaft in einer „Eilaktion“ verabschiedeten 20 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 2,5 Mio.) „nur“ 9 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 1,124 Mio.) für den Stabswechsel am 14. Januar aufgewendet werden. Bereits die Ankündigung der ersten Summe war auf heftige Kritik gestossen.

Reyes López, in Begleitung der Minister des Innen-, Gesundheits-, Verteidigungs- und des Kulturreports, die gemeinsam mit Aussenminister Edgar Gutiérrez für die Regierungswechselveranstaltung zuständig sind, untersagte der Presse den Zutritt und bat die Eingeladenen darum, nicht über den Inhalt dieses Informationstreffens zu reden, dem einige jedoch nicht nachkamen...

Militärisch angereicherte Zivilpolizei

Guatemala, 8. Jan. Die Intentionen des zukünftigen *Beauftragten für Sicherheit und Verteidigung*, Otto Pérez Molina, Militärangehörige in die Reihen der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) zu integrieren, stelle eine ironische, militaristische Politik dar, so MenschenrechtsaktivistInnen, die das Ansinnen strikt ablehnten. Pérez Molina, pensionierter General und Ex-Verteidigungsminister hatte angekündigt, dass die Regierung Oscar Bergers 10 Tausend Militärs, darunter Offiziere, Truppenangehörige und Infanteriespezialisten aus dem Dienst nehmen werde, um von diesen abschliessend einen Grossteil für den Dienst in der PNC heranzuziehen.

Menschenrechtsprokurator Sergio Morales bewertete diesen Plan als Rückschritt hinsichtlich der Friedensverträge, ist in diesen doch ausdrücklich die „Zivilisierung“ der Nationalpolizei festgehalten. Morales fügte hinzu, dass das Denken, eine Person, die beim Militär gewesen sei, könne sich in die PNC einreihen, da sie mit Waffen umgehen könne,

absurd sei und vielmehr die Aufgabe der PolizistInnen verschleierte, die darin besteht, die öffentliche Sicherheit zu gewähren und nicht – wie das Militär – im Zweifel den Feind anzugreifen.

Laut Ana María Klein von der Vereinigung der Angehörigen von Verschwundenen *Madres Angustiadadas* habe die Militarisierung der Institution Polizei dieselbe bereits deutlich geschwächt und ihre Glaubwürdigkeit geschmälert. Klein berichtet, dass in den Aktionen, an denen das Militär neben der Polizei teilgenommen hat, sich bestätigt habe, dass die unterschiedlichen Dispositionen der beiden Akteure in keiner Weise zur Minderung der Kriminalität beigetragen hätten. Um den dringendsten Forderungen der Bevölkerung nachzukommen, wie es die öffentliche Sicherheit nun einmal sei, müsse die neue Regierung vielmehr die Zivilpolizei stärken, ihre Reihen von Militärs säubern und die Auswahlmechanismen der AgentInnen den Erfordernissen anpassen, so die Aktivistin.

Wohl der Wiederwahl

Guatemala, 19. Dez. Elf der am 9. Nov. wieder gewählten BürgermeisterInnen müssen sich früher oder später der Justiz stellen, da gegen sie Anklagen vorliegen, drei von ihnen sehen sich sozialen Konflikten in ihren Gemeinden gegenüber. Zu den nicht namentlich genannten Angeklagten gehören Mitglieder der FRG (*Republikanische Front Guatemalas*) und GANA (*Grosse Nationale Allianz*) vornehmlich in den Departements Guatemala und Quetzaltenango. In den meisten Fällen liegen Korruption, Unterschlagung und Veruntreuung öffentlicher Gelder sowie Auto-

ritätsmissbrauch vor.

Für acht weitere BürgermeisterInnen, die juristisch belangt werden und die sich zur Wiederwahl gestellt hatten, wird es jetzt ernst, da sie aufgrund von nicht wieder gewonnenen Wahlen am 14. Januar, dem Tag der Regierungsübernahme ihre Immunität verlieren werden. Der Munizipal-Kodex könnte jedoch milde Folgen für die FunktionärInnen haben, obwohl die entsprechenden Gesetze in Guatemala relativ ungeordnet sind und die Kandidatur für ein Bürgermeisteramt mehr Voraussetzungen erfordert als die für den Präsidentschaftsposten.

Sollte die CICIACS tatsächlich Realität werden?

Guatemala, 07. Jan. In einer einfachen Zeremonie im Sitz der Vereinten Nationen in New York, USA, wurde in diesen Tagen das Abkommen zur Mandatsaufnahme der *Untersuchungskommission zur Aufdeckung paralleler Machtstrukturen und illegaler Körperschaften* (CICIACS) von Aussenminister Édgar Gutiérrez und dem stellvertretenden Generalsekretär der UNO, Kieran Prendergast, unterzeichnet. Nach einer Erarbeitungs- und Diskussionszeit von elf Monaten liegt nun das entsprechende Dokument zur Ratifizierung durch den guatemaltekischen Kongress vor, an dessen politischen Willen es liegen wird, ob die CICIACS nun tatsächlich Realität werden wird. Manche AktivistInnen aus dem sozialen Sektor haben an diesem Willen jedoch ihre Zweifel.

Nach seiner letztendlichen Ratifizierung durch den Präsidenten wird das Abkommen zum Gesetz und modifiziert einige Artikel des Strafprozesskodexes. Schliesslich wird es notwendig sein, die CICIACS als Haushaltsposten in den Staatsetat aufzunehmen. Gemäss dem Originalvorschlag wird dieser US-\$ 4 Mio. betragen.

Die CICIACS wird zusammengestellt sein aus einer von der UNO beauftragten Person sowie nationalem und internationalem Personal, das von dem/r Beauftragten engagiert wird. Das Sekretariat der CICIACS wird in Händen eines/r internationalen Funktionärs/in liegen.

Die UNO behält sich das Recht vor, ihre Zusammenarbeit zu beenden, sollte die guatemaltekische Regierung nicht kollaborieren bzw. bis Ende des Jahres 2004 nicht die notwendigen legalen Reformen im Kongress beschlossen haben. Die Vereinbarung tritt in Kraft, sobald die Regierung offiziell der UNO mitteilt, dass die internen Abläufe der Verabschiedung und Ratifizierung abgeschlossen seien. Sie wird für zwei Jahre gültig sein und kann verlängert werden.

Zu den Ermittlungs- und Prozessbefugnissen der Untersuchungskommission gehört der juristische Stand als Nebenklägerin abgesehen davon, dass keine legalen Limitationen Anwendung finden, wie beispielsweise, um sich in bereits initiierte Prozesse der Staatsanwaltschaft einzuklinken. Die CICIACS wird dennoch auch die Befugnis haben, in autonomer Form Strafprozesse in die Wege zu leiten und zu verfolgen, was bislang laut Verfassungsartikel 251 ausschliesslich der Staatsanwaltschaft vorbehalten war.

Die Kooperation, zu der sich die Regierung laut Abkommen verpflichtet, ist totaler Natur. Dazu gehört, dass, sollte der Zugangsantrag zu staatlichen Installationen oder Informationen behindert werden, die Unterstützung der Poli-

zei angefordert werden kann, die unverzüglich zu Diensten zu sein hat. Durch die Ratifizierung garantiert die Regierung der CICIACS ausserdem uneingeschränkte Bewegungsfreiheit im ganzen Land, den uneingeschränkten, nicht angekündigten Zugang zu allen staatlichen Örtlichkeiten ziviler sowie militärischer Art und Hafteinrichtungen. Ferner gewährt der Staat der Kommission vollständige Versammlungsfreiheit und die Befugnis, jede Person, inklusive StaatsfunktionärInnen zu befragen und ausserdem den Zugang zu Informationen und Dokumenten, die sich in ziviler oder militärischer Hand befinden.

Gleichzeitig wird in dem Abkommen festgehalten, dass die Regierung während des Jahres 2004 eine Reihe von legislativen Reformen im Kongress voranzutreiben hat, um das angemessene Funktionieren des Ermittlungs- und Prozesssystems zu gewährleisten.

Laut Gert Rosenthal, dem guatemaltekischen Botschafter vor der ONU, ist es das erste Mal, dass sich die Vereinten Nationen in einem Projekt dieser Art engagieren. Für ihn sei dies eine Botschaft der neuen Politik des unbegrenzten Kampfes gegen das organisierte Verbrechen, die selbst nationale Grenzen nicht in Betracht zieht.

Aufgaben der CICIACS werden sein, die Struktur und die Aktivitäten von illegalen Gruppierungen zu untersuchen, deren Funktionieren und die fi-

nanziellen Quellen aufzudecken. Selbiges gilt auch für Verantwortliche von Angriffen gegen MenschenrechtsaktivistInnen und Justizangestellte. Zu analysieren sind die Verbindungen, die zwischen den illegalen Organisationen und StaatsagentInnen, dem organisierten Verbrechen und Mitgliedern von privaten Sicherheitsunternehmen bestehen können. Um ihre Ziele zu erreichen, wird sich die Kommission mit der Staatsanwaltschaft auf Vereinbarungen einigen, die ihr das Ermitteln erlauben werden.

Gemäss Menschenrechtsprokurator Sergio Morales funktionieren die klandestinen Strukturen in Guatemala seit Jahren. Diese Gruppen verfügten über eine komplexe Struktur, die es ihnen erlaube, Verbrechen zu begehen und unbestraft davon zu kommen. Viele Personen, die dagegen ankämpften, seien bedroht worden, so Morales. Mittels Verbindungen, die sich zum Grossteil über öffentliche Ämter erstreckten, wie beispielsweise bei der Nationale Zivilpolizei, mittleren Stabsebenen der Armeen, Direktoren und Supervisoren, in der Staatsanwaltschaft und sogar in den Gerichten, wurden bislang das Agieren und Funktionieren der illegalen Organisationen gewährleistet, erklärte Morales.

Mittels der Instanz der CICIACS sollte die Staatsanwaltschaft ihre eigentliche Rolle wieder aufnehmen und der Straflosigkeit ein Ende setzen, so der Prokurator.

Portillos Zukunft

Guatemala, 08. Jan. Während Noch-Präsident Alfonso Portillo seine letzten Amtsgänge tätigt und sich wahlkampagnenmässig von der Bevölkerung verabschiedet, werden von den ehemaligen Präsidenten des Verfassungsgerichts, Ricardo Sagastume Vidaurre und Oscar Barrios Castillo, bereits gerichtliche Aktionen gegen das Verfassungsabkommen angestrebt, demzufolge sowohl der Präsident als auch der Vizepräsident der Republik im Moment der Amtsübergabe an ihre Nachfolger automatisch zu Mitgliedern des *Parlaments von Zentralamerika* (PARLACEN) werden und weiterhin Immunität geniessen. Somit können sie nicht für mögliche begangene Illegalitäten belangt werden. Laut Barrios Castillo verstösst dieses Immunitätsmanöver gegen die Verfassungsartikel 184 und 187, die besagen, dass die Präsidentschaftsperiode nicht verlängerbar ist und jegliche Verlängerung für nichtig erklärt wird. Dabei gibt sich Portillo hinsichtlich seiner Zukunft schon bescheiden und witzelte: „Es wird mir erzählt, dass für Vorträge jetzt bezahlt wird und Bill Clinton für jeden US-\$ 200'000 bekommt. Wenn sie mir US-\$ 20'000 geben, bin ich schon zufrieden.“

Erinnerungen

Guatemala, 09. Jan. Mit Bildern von Menschen mit Augenbinden und offenen Wunden sowie Zeugenberichten realisiert die Wahrheitskommission (CEH) in den kommenden sechs Monaten eine Kampagne gegen das Verschweigen und Vergessen der Greuelthaten während des 36 Jahre dauernden internen bewaffneten Kampfes im Sinne des Berichts der CEH „Guatemala, Erinnerung des Schweigens“. In Fernsehen, Radio und der schriftlichen Presse soll der Inhalt der weitreichenden Zeugenuntersuchung über die Verbrechen gegen die Menschenrechte, für die zu 93% der guatemaltekische Staat verantwortlich war, im Land verbreitet werden.

Gemäss Tom Koenigs, Leiter der UN-Kommission für Guatemala, MINUGUA, seien selbst 5 Jahre nach der Präsentation der Untersuchungsergebnisse die Mehrheit der Empfehlungen unerfüllt, vornehmlich, was den Kampf gegen die Straflosigkeit angeht. Koenigs ist der Auffassung, dass mangels der Anwendung von Justiz in Fällen der Menschenrechtsverletzungen, die Erinnerung der mehr als 200'000 Toten immer noch befleckt sei und die Ermittlungen dringend reaktiviert werden müssen.

Guatemala: Angeklagt im Fall Myrna Mack

Guatemala, 20. Dez. Wegen Ineffizienz der Ermittlungen und Justizverweigerung im Fall des Mordes an der Anthropologin Myrna Mack am 11. September 1990, hat der *Internationale Menschenrechtsgerichtshof* (CIDH) mit Sitz in Costa Rica den Staat Guatemala verurteilt und ihm die Entschädigungszahlung an die Familienangehörigen in Höhe von US-\$ 779'000 (ca. 6 Mio. 232'000 Quetzales auferlegt. In seiner Resolution ordnet der CIDH an, den Fall endlich aufs Gründlichste zu untersuchen, um über alle sowohl intellektuellen wie materiellen TäterInnen sowie weiteren Verantwortlichen der aussergerichtlichen Hinrichtung von Myrna zu richten. Der CIDH fordert zudem, dass der Staat jegliche Hindernisse zu beseitigen hat, die seit 13 Jahren den Prozess in der Straflosigkeit vor sich hindümpeln lassen, sowie dass er den beteiligten RichterInnen, StaatsanwältInnen, Zeuginnen, GerichtshelferInnen und der Familie Mack die notwendige Sicherheit garantiere. In einem öffentlichen Akt soll der Staat in Gegenwart der höchsten Re-

gierungsautoritäten seine Verantwortung in Bezug auf den Mord bekennen und ferner das Gedenken an José Mérida Escobar, den ermordeten Ermittler, der für diesen Falles zuständig war, ehren.

Seit sechs Monaten befindet sich der Fall vor dem guatemaltekischen Verfassungsgericht, wo eine Ablehnung gegen die Strafkammer des Höchsten Gerichtshofes (CSJ) eingelegt wurde. Helen Mack, Schwester der Ermordeten, weist darin die Resolution der vierten Berufungskammer zurück, die in zweiter Instanz die Aufhebung des Urteils zu 30 Jahren Haft gegen den mutmasslichen materiellen Täter Juan Valencia Osorio beschlossen und den Freispruch zugunsten der Verdächtigen Edgar Augusto Godoy und Juan Guillermo Oliva Carerra bestätigt hat. Noel de Jesús Beteata dagegen ist als materieller Täter verurteilt.

Hinsichtlich des Urteils des CIDH äusserte sich Helen Mack zufrieden. Sie ist der Meinung, dass auf diese Weise auf internationaler Ebene Recht gesprochen wurde, nicht nur in Bezug auf ihre

Schwester, sondern auch hinsichtlich des Volkes von Guatemala, das beständig Opfer von Menschenrechtsverbrechen war und ist.

Menschenrechtsprokurator Sergio Morales versicherte, dass dieses Urteil der Anfang einer neuen Etappe des Kampfes für die inhärenten Rechte des Menschen sei, stelle es doch einen Schritt dar, der erneut die Mängel des nationalen Kriminalermittlungssystems deutlich mache. Auch für Nery Rodas, Direktor des Erzbischöflichen Menschenrechtsbüros (ODHA) stellt der internationale Nachweis der staatlichen Schuld im Fall Myrna Mack eine ermutigende Tatsache im Bereich der Menschenrechte dar.

Die Entschädigungssumme an Familie Mack soll die Gründung eines Fonds für Stipendien zugunsten zahlungsschwacher Studierender ermöglichen, die sich in den Fachbereichen Soziales oder Menschenrechte spezialisieren wollen.

Nein vom Verfassungsgericht

Guatemala, 09. Dez. Der Fall der Entschädigungszahlungen an die *ehemaligen Zivilpatrouillisten* (Ex-PAC) kehrt in die Diskussion zurück, nachdem das Verfassungsgericht, höchstes Organ in dieser Materie, die vorläufige Suspendierung der Zahlungen bestätigte. Die Resolution des Gerichts zu Gunsten des Einspruchs gegen die Zahlungen lag drei Wochen auf Eis, nachdem die Institution diese aufgrund der massiven Einwände seitens MenschenrechtsaktivistInnen beschlossen hatte. Zur endgültigen Bestätigung war schliesslich die Unterschrift von sieben VerfassungsrichterInnen nötig, doch Cipriano Soto, als siebter im Bunde, hatte besagte Sitzung vor der Unterzeichnung verlassen.

„Der Präsident der Republik kann nicht mittels eines Regierungsabkommens über den Bestand des nationalen Etats verfügen. Diese Aufgabe obliegt der Legislative,“ argumentiert das Verfassungsgericht. Von einigen AnalystInnen wird diese Entscheidung als reichlich spät bewertet, die darauf hinweisen, dass die Anordnung des Mandatsträgers von vorne herein verfassungswidrig gewesen sei.

Die finanzielle Kompensierung der Ex-PAC „für die Zeit des Dienstes am Vaterland“ wurde von Präsident Portillo im August 2002 in Form eines solchen Regierungsabkommens ratifiziert, nachdem diese von ihm mittels gewalttätigen Unruhen die Erfüllung seiner Verspre-

chen, die er in der Wahlkampagne 1999 machte, gefordert hatten.

Die am stärksten Begünstigten waren die Ex-PAC im Departement Petén, angeführt von Rosenda Pérez, die jetzt zur Abgeordneten der *Republikanische Front Guatemalas* gewählt wurde. Dieser waren von der Regierung 70 Mio. Quetzales für angebliche Entwicklungsprojekte bewilligt worden, während sich andere Ex-PAC-Gruppen den Forderungen anschlossen und Unruhen provozierten. Noch vor der ersten Wahlrunde am 9. November wurde die erste Rate der insgesamt 5'000 Quetzales für jeden an den Grossteil der Fordernden gezahlt, der Rest sollte 2004 gezahlt werden.

Während MenschenrechtsaktivistInnen erleichtert sind über die Entscheidung des Verfassungsgerichts, sucht sich die frisch gewählte zukünftige Regierungspartei *Grosse Nationale Allianz* (GAN) aus dem Malheur zu winden, hatte Kandidat Berger doch selbst in der letzten Präsidentschaftswahlrunde seine Bereitschaft zur Auszahlung der Gelder noch wiederholt.

„Wir werden das Regierungsabkommen, das als verfassungswidrig deklariert wird, modifizieren, jedoch werden wir weiter den Willen verfolgen, einen Weg zu finden, um die ausstehenden Entschädigungszahlungen zu tätigen,“ so Otto Pérez Molina, Sicherheits- und Verteidigungsbeauftragter der künftigen Regierung Oscar Bergers.

Erratum

zum ¡Fijate! 299, S. 4: Im Artikel „Tot: Ex-Präsident Arana Osorio“ muss es anstelle von

„Die Zahlen der Toten und Verschwundenen geben für 1970/71 7 Mio. an, 1973 überschritten sie die 15 Mio.“ heissen: „Die Zahlen der Toten und Verschwundenen geben für 1970/71 7 Tausend an, 1973 überschritten sie die 15 Tausend.“

Ankündigung und Information in eigener Sache:

Am 19./20. März 2004 findet unter dem Titel „100 Tage neue Regierung in Guatemala - Bestandsaufnahme und Perspektive“ in der Evangelischen Akademie Bad Boll, Nähe Stuttgart, das beim letzten „Guatemala-Treffen“ in Kassel geplante „inoffizielle Jahrestreffen“ der früher in der Infostelle Guatemala organisierten Leute und Gruppen statt.

(Siehe auch "http://www.ev-akademie-boll.de/tagungen/_t3.htm").

Offizielle Einladungen und nähere Informationen folgen demnächst.

Unter "<http://www.nefkom.net/ottmar.zimmer/guatemala/Fijate.html>" ist das „Fijate-Archiv“ zu finden!

